



Antrag

Fraktion AfD

Konjunkturprogramm zur Überwindung der Corona-Krise

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. ihren Einfluss auf Bundesebene geltend zu machen und darauf hinzuwirken, dass im Konjunkturprogramm der Bundesregierung eine Finanzierungskomponente zur Aufstellung landeseigener Maßnahmenpakete zur Ankurbelung der heimischen Wirtschaft, zur Beseitigung der Investitionsstaus sowie zur nachhaltigen Sanierung überschuldeter Kommunen enthalten ist; und
2. die Debatte über die Ausgestaltung eines solchen Maßnahmenpakets für Sachsen-Anhalt umfassend im Parlament zu führen.

Begründung

Deutschland steht vor der größten Rezession der Nachkriegsgeschichte. Nach aktueller Steuerschätzung werden die Corona-Krise und insbesondere die von der Bundesregierung beschlossenen „Lockdown“-Maßnahmen zu Steuermindereinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden von 98,6 Milliarden Euro im laufenden Jahr führen. Für Sachsen-Anhalt belaufen sich die Mindereinnahmen nach aktuellem Stand auf 1,16 Milliarden Euro. Unabhängig von der juristischen Bewertung der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen wird der wirtschaftliche und finanzielle Schaden mit jedem weiteren Tag der Aufrechterhaltung der Maßnahmen vergrößert.

In Deutschland haben 10,1 Millionen Menschen Kurzarbeit angemeldet (Stand 26.04.2020). Von der ersten Pleitewelle werden insbesondere die Gastronomie- und Tourismusbranche, der Einzelhandel und die Automobilzulieferer betroffen sein.

Von der EU-Kommission, der Bundesregierung und einigen Länderregierungen, von Wirtschaftsverbänden sowie Gewerkschaften wurde die Absicht bzw. die Forderung

(Ausgegeben am 25.05.2020)

geäußert, nach Ende der „Lockdown“-Maßnahmen mit staatlichen Konjunkturprogrammen die am Boden liegende Wirtschaft wieder ankurbeln zu wollen.

Nach Verlautbarungen der EU-Kommission soll der sogenannte *Green Deal* die Basis für die EU-Konjunkturprogramme sein. Dabei handelt es sich um ein planwirtschaftlich gesteuertes und „unumkehrbares“ Umbauprogramm der europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. „Mit dem europäischen Grünen Deal wird der in allen Sektoren erforderliche Übergang beschleunigt und gefördert“ (COM (2019) 640 final, *Der europäische Grüne Deal, Brüssel, vom 11.12.2019*).

Aus Sicht der AfD-Fraktion ist es weder sinnvoll noch nachhaltig, ein schuldenfinanziertes Konjunkturprogramm als Vehikel zur Zerstörung unserer traditionellen Wirtschaftsstruktur zu nutzen. Die Verbindung eines Konjunkturprogramms mit dem als Große Transformation (neuerdings auch *Green Deal*) bezeichneten Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft könnte sich so zum Brandbeschleuniger des wirtschaftlichen Niedergangs entwickeln, wenn unsere bestehenden Industrien auf unrentable und auf dauerhafte Bezuschussung angewiesene Geschäftsmodelle umgestellt werden. Gerade Sachsen-Anhalt hat mit der massiven Förderung der Solar- und Windkraftbranche Millionen an Steuermitteln verbrannt, während die traditionelle Braunkohleförderung nach wie vor einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren ist.

Um die Gesellschaft vor einer Katastrophe in Form von Währungs-inflation, Massenarbeitslosigkeit und Altersarmut zu bewahren, müssen jetzt die Weichen für den Weg aus der Rezession gestellt werden. Dazu müssen wir uns auf die Grundsätze des Erfolgs zurückbesinnen und die Soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards als Maßstab nehmen. Statt CO₂-gesteuerter Planwirtschaft und staatlich verordneter Umverteilung von unten nach oben müssen die Marktgesetze wieder gelten.

Sachsen-Anhalt ist aufgrund des strukturellen Defizits ab dem Jahr 2022 i. H. v. mehr als einer Milliarde Euro pro Jahr finanziell nicht in der Lage, ein eigenes Konjunkturprogramm für die heimische Wirtschaft aufzustellen. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, ihren Einfluss auf Bundesebene bei der Ausgestaltung des Konjunkturprogramms zu nutzen und auf eine Finanzierungs-komponente für Konjunkturprogramme auf Länderebene hinzuwirken. Ziel muss es sein, den grundsätzlich unterfinanzierten Ländern den nötigen finanziellen Handlungsspielraum einzuräumen, um auf ihre jeweilige Wirtschaftsstruktur zugeschnittene Maßnahmenpakete aufstellen und darüber hinaus eigenständige Lösungen für überschuldete Kommunen finden zu können.

Die Debatte über die Aufstellung des Konjunkturprogramms muss im Parlament geführt werden. Die Hinterzimmer-Entscheidungen der letzten Monate haben letztlich mit zu der Misere beigetragen, der wir heute gegenüberstehen.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender